
Ernst Breit

Für einen Frieden ohne Waffen, ohne Hunger, ohne Arbeitslosigkeit

I.

Den Menschen ist es bisher nicht gelungen, aus Schwertern Pflugscharen zu machen. Wir haben aus den Schwertern Gewehre, aus den Gewehren Kanonen und aus den Kanonen Atomraketen gemacht. Die Waffen wurden weiterentwickelt, aber der sicherheitspolitische Grundsatz, nach dem die Mächtigen dieser Welt heute handeln, ist noch derselbe wie zu Zeiten, als sich die Soldaten mit Schwertern schlugen. Die klassische sicherheitspolitische Formel des römischen Imperiums, „Wenn du Frieden willst, so rüste zum Krieg“, muß bis heute die Begründung liefern für die über hundert Millionen Mark, die in jeder Stunde für Rüstung ausgegeben werden. „Wenn du Frieden willst, so rüste zum Krieg“, das muß auch als Entschuldigung dafür dienen, daß auf der Erde drei Tonnen Sprengstoff für jeden Menschen bereit liegen, während in jeder Stunde fast 2000 Kinder sterben müssen, weil kein Gramm Brot oder Reis für sie vorhanden ist.

„Wenn du Frieden willst, so rüste zum Krieg“, das ist angesichts der modernen Waffensysteme nicht mehr wahr, das ist angesichts des Zerstörungspotentials atomarer, chemischer und biologischer Kriegsmittel eine verantwortungslose Verharmlosung. Ohne pathetische Übertreibung, nur die Tatsachen kühl festgestellt, müßte diese Formel, soll sie der Wirklichkeit gerecht werden, heute lauten: Wenn du Frieden willst, so rüste zur Vernichtung der Menschheit. Deshalb brauchen wir eine andere, eine neue Grundlage der Sicherheitspolitik.

Es ist eine unglaubliche Leichtfertigkeit, wenn manche so tun, als stünden sich im Kriegsfall in Europa zwei Armeen gegenüber, die sich auf einem entlegenen Schlachtfeld die Köpfe blutig schlagen. In Wirklichkeit würde ein europäischer Krieg in Frankfurt und Prag, in Paris und Berlin, in Warschau und Wien stattfinden. Eine einzige Atombombe mit der Sprengkraft von einer Megatonne, abgeworfen über dem Großraum Frankfurt, würde 400000 Menschen sofort töten. Weitere hunderttausende würden unheilbare Verletzungen erleiden. Die Überlebenden wären ihrer Lebensgrundlage beraubt, sie würden zwischen verseuchten Tieren und abgestorbenen Pflanzen dahinsiechen.

In der langen Geschichte von Rüstung und Krieg gab es immer wieder warnende Stimmen aus den Kreisen der Wissenschaft und der Kirche, der Politik und der Gewerkschaften, die auf die Gefahren einer Sicherheitspolitik aufmerksam gemacht haben, die Abschreckung als vorrangiges Mittel der Friedenssicherung einsetzt. Diese Warnungen haben die Aufrüstung immer nur begleitet, sie konnten die Waffenschmiede nicht stoppen und die Kriege nicht verhindern. Seit die Atomwaffe erfunden und der Atomkrieg möglich wurde, haben vor allem Friedensforscher in vielen gründlichen Studien die Schwächen der Abschreckungspolitik schonungslos bloßgelegt: Die Politik der Abschreckung bildet selbst die Antriebskraft zu fortschreitendem Wettrüsten, argumentierten sie und betonten, daß es auf Dauer nicht gutgehen könne, die Kriegskatastrophe dadurch verhindern zu wollen, daß man sie immer perfekter vorbereitet. Diese Einsichten der Friedensforschung sind Buchweisheiten geblieben, die praktische Politik hat keine Konsequenzen daraus gezogen, der Rüstungswahnsinn ging und geht weiter.

Aber wenn sich heute in New York und Kiew, in Kopenhagen und Jena immer mehr Menschen zu Wort melden, die ein Ende des Rüstungswettlaufs fordern, wenn heute selbst die Bundesregierung schätzt, daß nicht tausende, auch nicht hunderttausende, sondern mehr als eine Million Bundesbürger bereit sind, ihren Protest gegen eine neue Rüstungsrunde öffentlich auf die Straße zu tragen, dann muß hinter dieser internationalen Friedensbewegung mehr stecken als die Angst vor SS 20- und Pershing 2-Raketen. Ich bin sicher: die tiefere Ursache für diese Bereitschaft zu massenhaftem Widerspruch liegt darin, daß das ungebremste Wachstum der Waffen zusammenfällt mit einer weltweiten Wachstumskrise der Wirtschaft. Es gibt nicht den simplen Zusammenhang zwischen mehr Raketen und weniger Renten, aber es gibt das unerträgliche Nebeneinander von Rüstungsexplosion und wirtschaftlicher Stagnation. Diesen Widersinn, daß die Produktion der Kriegsmittel floriert wie nie zuvor, während die Produktion der Lebensmittel darniederliegt wie seit langem nicht mehr, können vernünftige Menschen nicht auf sich beruhen lassen. Millionenarbeitslosigkeit, Abbau des Sozialstaates, Verarmung der Dritten Welt einer-

seits, andererseits milliardenschwere Rüstungsprogramme, die selbst vor der Militarisierung des Weltraumes nicht haltmachen und nur dazu dienen, die Overkill-Kapazitäten noch zu vergrößern; ernste Gefahren für den sozialen Frieden im Inneren, massive militärische Drohpolitik nach außen - ich nenne nur die Stichworte Nicaragua und Polen -, wer will, wer kann dabei noch ruhig zusehen und darauf vertrauen, daß es Reagan und Andropow, Kohl und Honnecker schon richten werden? Der Kompetenzverlust der Politik, die weltweit die Wirtschaftsschwierigkeiten und die Rüstungsprobleme nicht in den Griff bekommt, muß die Kritik der Betroffenen und Bedrohten auf den Plan rufen, in den westlichen Demokratien sichtbarer und hörbarer, weil sie sich hier freier artikulieren kann, aber auch in den östlichen Ein-Parteien-Staaten, obwohl sie dort oft auf schlimme Weise unterdrückt wird. Paradoxerweise bemühen sich allerdings gerade diejenigen, die die Unterdrückung der Meinungs- und Demonstrationsfreiheit im Osten am lautesten anprangern, der Liberalität in der Bundesrepublik ein möglichst dichtes Paragraphennetz umzuhängen.

Mein Eindruck von der öffentlichen Diskussion in unserem Land ist, daß die Instabilität, die national wie international sowohl von dem Rüstungs-, „Fortschritt“ als auch von dem wirtschaftlichen und sozialen Rückschritt ausgeht und sich gegenseitig hochschaukeln, daß diese gefährliche Instabilität in vielen Köpfen kritische Gedanken weckt über das sicherheitspolitische Konzept der Abschreckung, aber auch über das wirtschaftspolitische Rezept einer „Erneuerung der Marktwirtschaft“. Dabei spielt die Friedensbewegung in bezug auf die Sicherheitspolitik und die Gewerkschaftsbewegung in bezug auf die Wirtschaftspolitik eine Vorreiterrolle. Während aber die Gewerkschaften sich auch der Rüstungsproblematik intensiv annehmen, bleibt der ökonomische Krisenaspekt in der Friedensbewegung fast vollständig ausgeklammert; und dies, obwohl wir aus der Geschichte sehr genau wissen, daß die Waffen immer nur das Instrument, wirtschaftliche Krisen und daraus resultierende soziale Konflikte aber häufig die Ursache der Kriege waren.

„Frieden schaffen ohne Waffen“ kann deshalb so lange nicht mehr als ein moralischer Appell sein, wie es uns nicht gelingt, diesem Frieden ein stabiles ökonomisches und gerechtes soziales Fundament zu geben. Ein Frieden ohne Waffen setzt nicht nur, aber er setzt *auch* eine gerechte Wirtschaftsordnung voraus. Deshalb steht nicht nur die Kritik der Sicherheitspolitik, sondern auch die Kritik der Wirtschaftspolitik auf der Tagesordnung.

II.

Vieles von dem, was die Friedensforschung schon vor Jahren als Kritik an der Abschreckungspolitik formuliert hat, findet sich heute in den Erklärungen,

Aufrufen und Memoranden der verschiedensten gesellschaftlichen Gruppen. Ob der Rat der Evangelischen Kirche Deutschlands feststellt: „Die Kirche muß mehr als bisher dazu beitragen, daß der Versuch, Krieg durch atomare Abschreckung und militärisches Gleichgewicht zu verhüten, von jedermann als schwer erträgliches Provisorium verstanden wird, das mit dem hohen Risiko behaftet ist, Krieg herbeizuführen statt ihn zu verhindern.“ Ob Richter und Staatsanwälte fordern: „Das von vielen starrsinnig verfochtene Prinzip der Aufrüstung, um aus der Position der Stärke heraus abzurüsten, kann nicht funktionieren, hat noch nie in der Geschichte dauerhaft funktioniert. Wir brauchen in allen Parteien mehr Politiker mit Mut und Phantasie, um aus diesem Kreis auszubrechen.“ Oder ob der DGB auf das Ende des Wettrüstens drängt: „Der Rüstungswettkampf richtet sich gegen die sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Völker. Er führt zu einer Vergeudung öffentlicher Mittel, beschleunigt Inflation und Arbeitslosigkeit und verhindert bzw. erschwert dringend notwendige soziale Reformen.“ Aus diesen und vielen anderen Stellungnahmen wird deutlich: Daß man mit dem Feuer spielen muß, um einen Großbrand zu verhindern, leuchtet immer weniger Menschen ein.

Die Politik der Abschreckung ist auf dem Prinzip der Bedrohung aufgebaut. Ihr innerer Mechanismus ist nur sehr schwierig zu durchbrechen, denn dafür setzt jeder bei dem anderen ein Verhalten voraus, das er, würde es von ihm selbst verlangt, als Gefährdung seiner Sicherheit empfindet.

Abschreckungspolitik, das bedeutet: Der Westen droht dem Osten, weil er sich von ihm bedroht fühlt, obwohl Moskau jedermann versichert, daß es den Westen überhaupt nicht bedrohen will. Und der Osten droht dem Westen, weil er sich seinerseits bedroht fühlt, obwohl Washington nicht müde wird zu beteuern, daß die Vereinigten Staaten den Osten überhaupt nicht bedrohen wollen. Das Resultat ist: Jeder von beiden schwört heilige Eide, den anderen nicht zu bedrohen, aber in Wirklichkeit bedrohen beide einander massiv. Angesichts dieser gegenseitigen Bedrohung kann sich jeder von beiden nur dann wirklich sicher fühlen, wenn sein Drohpotential größer ist als das des anderen. Deshalb strebt jeder nach Überlegenheit über den anderen, wobei beide betonen, selbst nur das Gleichgewicht der gegenseitigen Bedrohung wieder herstellen zu wollen, während der andere dieses Gleichgewicht zu seinen Gunsten zu verändern bemüht ist. Für US-Verteidigungsminister Weinberger ist klar: „Es ist die Sowjetunion, die sich zum Ziel gesetzt hat, überall auf der Welt und in allen Waffentypen die Überlegenheit zu erringen.“ Für Sowjetparteichef Andropow ist mit Blick auf Genf ebenso unzweifelhaft: „Bei der Einbringung ihrer Vorschläge sind die USA jedesmal bemüht - und das ist für sie die Hauptsache -, vor allem die Sicherheit der Sowjetunion zu beeinträchtigen und das entstandene Kräftegleichgewicht zum eigenen Vorteil zu verletzen.“

Ich habe nicht nur Verständnis dafür, ich halte es für notwendig, daß in der Bevölkerung des Westens wie des Ostens die Ungeduld mit Staatsmännern wächst, zwischen deren Worten und Taten sich eine so große Kluft auf tut. Ich halte es für notwendig, über das sicherheitspolitische Konzept der Abschreckungspolitik öffentlich nachzudenken und Alternativen öffentlich zu diskutieren. Es war Albert Schweitzer, der gesagt hat, daß die Abschaffung der Atomwaffen erst dadurch ermöglicht wird, daß in den Völkern eine öffentliche Meinung entsteht, die die Abschaffung verlangt und garantiert.

Die Abschreckungspolitik selbst wirkt dem Entstehen einer solchen öffentlichen Meinung entgegen, denn sie braucht zu ihrer Rechtfertigung ein aggressives Feindbild. Sie muß den anderen als „Zentrum des Bösen“ darstellen, wie es Ronald Reagan kürzlich mit der Sowjetunion getan hat und wie es umgekehrt die sowjetische Politik gegenüber ihrer Bevölkerung mit den USA macht. Die Entspannungspolitik der sechziger und siebziger Jahre war der Versuch, die gegenseitige Dämonisierung zu beenden. Mehr noch: Sie war der Versuch, von der Grundlage der Abschreckungspolitik ausgehend, Wege für ein friedliches Nebeneinander und ein beginnendes Miteinander zu ebnet, das am Ende Sicherheit durch Vertrauen statt durch Abschreckung garantieren und dadurch Abrüstung ermöglichen sollte.

Von Entspannungspolitik in der Vergangenheitsform zu sprechen, ist hoffentlich falsch. Ob die Historiker einmal von einer Krise oder vom Ende der Entspannung zu Beginn der achtziger Jahre sprechen werden, darüber ist noch nicht entschieden. Der DGB hat in den sechziger Jahren die Politiker tatkräftig unterstützt, die gegen den Widerstand der kalten Krieger das Tor zur Entspannung aufgestoßen haben. Der DGB steht in den achtziger Jahren auf der Seite derer, die sich der Wiederbelebung einer Politik der Stärke und der Konfrontation entgegenstellen. Wenn es nicht gelingt, die Entspannungspolitik über die aktuellen Konflikte hinweg zu retten, wird eine Chance, vielleicht die einzige Chance für einen Frieden durch Abrüstung verspielt.

Die Entspannungspolitik geht richtigerweise davon aus, daß die Erhaltung des Friedens keine militärische, sondern eine politische Aufgabe ist. Wer sich nur auf die Waffen verläßt, wird durch die Waffen umkommen. Die NATO-Staaten und die Staaten des Warschauer Paktes machen den Frieden nicht durch den Ausbau der Rüstung, sondern nur durch den Ausbau ihrer politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen sicherer.

Die Entspannungspolitik trägt der Tatsache Rechnung, daß es Sicherheit für die Großmächte und ihre Verbündeten nicht mehr voneinander, sondern nur noch miteinander geben kann. Wer die Koexistenz ablehnt, riskiert die

Nichtexistenz. Die Staaten der beiden Bündnisse können nur *miteinander* überleben, *gegeneinander* verurteilen sie sich zum Untergang. Ob sie wollen oder nicht: NATO und Warschauer Pakt, die Gegner des Ost-West-Konflikts, sind objektiv Sicherheitspartner. Daß sie sich subjektiv nicht dieser Tatsache entsprechend verhalten, macht ihre Politik so irrational und gefährlich. Statt am Freund-Feind-Denken und einer Abschreckungspolitik der Stärke festzuhalten, muß die Entspannungspolitik konsequent fortgesetzt und zu einer Sicherheitspartnerschaft weiterentwickelt werden.

Auf die traditionellen Abschreckungspolitiker muß dieses Ziel eher abschreckend wirken, denn der Begriff Sicherheitspartnerschaft beinhaltet, daß sich jede Seite bemüht, die Motive der anderen Seite zu verstehen, das Sicherheitsbedürfnis auch der anderen Seite ernst zu nehmen, vertrauensbildende Maßnahmen wirklich durchzuführen und das Wettrüsten der Kontrolle der politischen Instanzen zu unterwerfen, statt es dem militärisch-technischen Selbstlauf zu überlassen. Zu einer Sicherheitspartnerschaft gehört der gegenseitige Gewaltverzicht ebenso, wie der Verzicht auf den atomaren Erstschatz und der Verzicht auf Überlegenheit.

Die Forderung nach einer Sicherheitspartnerschaft ist kein frommer Wunsch, der einer bösen Realität aufgestülpt wird. Sicherheitspartnerschaft, das wäre die notwendige politische Konsequenz aus der militärischen Wirklichkeit. Vor diesem Hintergrund müßte auch neu überdacht werden, wer ein wirklichkeitsfremder Träumer und wer ein Realpolitiker ist, denn - so hat es der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) formuliert - „der Mythos, daß Kernwaffen allein Verteidigungswaffen sind, muß entlarvt werden. Schon ihrer Art nach sind es Waffen der Massenzerstörung“.

Seit diese Massenvernichtungsmittel nicht mehr vorrangig Bestandteil des *politischen Sicherheitskonzeptes* sind, sondern aufgrund ihrer technischen Weiterentwicklung, vor allem aufgrund ihrer größeren Zielgenauigkeit, zunehmend in *militärische Verteidigungskonzepte* eingebaut werden, wächst die Gefahr eines Atomkrieges. Und mit der Stationierung der SS 20 auf der einen und von Marschflugkörpern und Pershing 2 auf der anderen Seite wächst insbesondere die Gefahr eines europäischen Atomkrieges, wobei auch hier die Einschätzung des IBFG richtig ist: „Es ist ein verhängnisvoller Wahn zu glauben, daß ein begrenzter Atomkrieg geführt werden könnte. Der Einsatz von Mittelstreckenraketen oder taktischen Waffen würde zwangsläufig eine weltweite atomare Vernichtung auslösen.“

Die geplante Stationierung der Pershing 2 in der Bundesrepublik ist nach Auffassung der Friedensbewegung Ausdruck dieses „verhängnisvollen

Wahns", denn sie wird von der Friedensbewegung als Bestandteil des militärischen Konzepts eines begrenzten und gewinnbaren Atomkrieges gesehen. Die Gegner der Friedensbewegung sind hingegen der Auffassung, daß mit der Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa nur ein Nachrüstungsschritt gegenüber den sowjetischen SS 20 vollzogen wird. Das Dilemma ist - und daraus erklärt sich die zum Teil unerbittliche Schärfe der Auseinandersetzung -, daß beide Seiten „gute“ Argumente haben: Die geplante Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen ist ohne Zweifel auch ein Nachrüstungsschritt. Unabhängig von der umstrittenen Frage, ob die Pershing 2 waffentechnisch eine neue Qualität darstellt, sind aber andererseits ebenso wenig Zweifel möglich, daß die USA mit der Pershing 2 das strategische Atomwaffenpotential der UdSSR bedrohen könnten, wozu umgekehrt mit Blick auf die USA die UdSSR mit der SS 20 nicht in der Lage ist. Das bedeutet: Die NATO-Nachrüstung würde vermutlich Nach-Nachrüstungsschritte der UdSSR provozieren. Deshalb ist ein Verhandlungserfolg in Genf, der die östliche Vorrüstung beseitigt, die westliche Nachrüstung vermeidet und eine östliche Nachrüstung überflüssig macht, so unverzichtbar.

III.

Wie das Beharren auf überholten sicherheitspolitischen Vorstellungen den Rüstungswettlauf nicht zu stoppen vermag, sondern im Gegenteil die Kriegsgefahr erhöht, so kann uns der Rückgriff auf alte wirtschaftspolitische Rezepte unter der Überschrift „Erneuerung der Marktwirtschaft“ nicht aus der ökonomischen Krise herausführen. Wenn wir der widersinnigen Situation Herr werden wollen, daß die Rüstungsausgaben in astronomische Höhen wachsen und gleichzeitig die Arbeitslosigkeit in den westlichen Industrienationen seit Jahren mit einer achtstelligen Zahl geschrieben wird, dann müssen wir nicht nur in der Sicherheits-, sondern auch in der Wirtschaftspolitik umdenken.

Daß man dem Unternehmer gibt, was des Unternehmers ist: höchstmöglichen Gewinn und größtmögliche Entscheidungsfreiheit über Investitionen und Arbeitskräfte, verbunden mit der Hoffnung, er werde weltweit zum Wohle aller wirtschaften - dieser neubelebte Grundsatz einer liberalen Marktwirtschaft hat nur noch den Charakter eines Glaubensbekenntnisses, ein erfolgsversprechendes Wirtschaftskonzept ist er schon lange nicht mehr. Eine Wirtschaftspolitik, die sich vorrangig an kurzfristigen und kurzfristigen Gewinninteressen privater Unternehmer orientiert, verstellt national wie international den Weg aus der Krise.

International birgt sie in Krisenzeiten die Gefahr des Protektionismus. Die Reagan-Administration hat mit ihren entgegen allen Absprachen eingeführten

Stahlzöllen erst vor kurzem ein Beispiel dafür gegeben, wie sich zum kurzfristigen Nutzen weniger langfristiger Schaden für alle anrichten läßt. Und - um ein weiteres Beispiel einer solchen Politik zu nennen - es ist kein Zufall, daß gerade Englands Eiserne Lady den Stuttgarter EG-Gipfel ganz unter das Diktat ihrer Rückzahlungsforderungen stellte statt unter den Primat der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, wie es die 80 000 Arbeitnehmer gefordert hatten, die dem Demonstrationsaufruf des Europäischen Gewerkschaftsbundes nach Stuttgart gefolgt waren. Vor allem aber führt die liberal-konservative Wirtschaftspolitik international zur Verschärfung des Nord-Süd-Konflikts, weil sie dazu beiträgt, die Länder der Dritten Welt immer tiefer in die Verschuldung zu treiben.

Diese Wirtschaftspolitik ist, und darin gleicht sie der konservativen Sicherheitspolitik, eine Politik der Stärke, die nicht den Interessenausgleich, sondern die möglichst restlose Durchsetzung der eigenen Interessen auf Kosten der anderen sucht. Diese Politik ist unrealistisch und gefährlich, weil es - und auch hier drängt sich die Parallele zur Sicherheitspolitik auf- für die Industriestaaten nationale wirtschaftliche Stabilität unabhängig von einer stabilen Weltwirtschaft nicht mehr gibt, weil der Weg aus Krise, Arbeitslosigkeit und Masseneleud nur der Weg einer internationalen Wirtschaftspartnerschaft zwischen Nord und Süd und West und Ost sein kann. Um es mit den Worten des DGB-Grundsatzprogramms zu sagen: „Die enge Verflechtung der Weltwirtschaft und die dadurch bedingten gegenseitigen Abhängigkeiten der nationalen Volkswirtschaften erfordern eine übernationale politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit.“

Auf nationaler Ebene ist der harte politische Kern, der in den USA, in Großbritannien und jetzt auch in der Bundesrepublik unter dem ideologischen Schleier neokonservativer Gemeinschafts-, Verzichts- und Freiheitsparolen zutage tritt, nichts anderes als die Verbesserung der Rahmenbedingungen der Wirtschaft durch die Verschlechterung der Lebensbedingungen der Arbeitnehmer und sozial Schwachen. Mit ihrer unsozialen Umverteilungspolitik haben die Regierungen der genannten Länder der Kritik an unserer Wirtschaftsordnung zu neuer Aktualität verholfen, die behauptet, die freie Marktwirtschaft würde die Armen ärmer und die Reichen reicher machen.

Ich gehöre nicht zu denjenigen, die immer möglichst schnell die „Systemfrage“ stellen und sich dann sagen lassen müssen, daß kein anderes Wirtschaftssystem bisher für die Arbeitnehmer mehr Wohlstand und mehr Wohlergehen gebracht hat. Aber ich stelle mich an die Spitze derjenigen, die fragen, was das für eine Wirtschaftspolitik ist, die die große Mehrheit der Bevölkerung zu den Opfern und eine Minderheit zu den Nutznießern der Krise macht. In

den USA leben nach offiziellen Angaben inzwischen 35 Millionen Bürger unterhalb der Armutsgrenze. Wer soziale Ungerechtigkeit zu einem Hauptmerkmal seiner Politik werden läßt und gleichzeitig diese Politik zu einer Bedingung für die Gesundung unserer Wirtschaft erklärt, der erweist unserer Wirtschaftsordnung einen schlechten Dienst. Er behauptet nämlich letztlich, daß Ungerechtigkeit eine Funktionsbedingung unseres Wirtschaftssystems ist. Vor solchen Verteidigern der Marktwirtschaft gilt es die soziale Marktwirtschaft zu schützen.

Wenn der größtmögliche Gewinn der Unternehmer von der Politik als alleiniges Motiv des Wirtschaftens anerkannt wird, dann werden die Belange der Arbeitnehmer, ihre Bildungsansprüche und ihr Gesundheitsschutz, ihr Interesse an ausreichenden und qualifizierten Arbeitsplätzen, ihre soziale Sicherheit und ihre Freizeitbedürfnisse zweitrangig; dann werden aber auch gesamtgesellschaftliche Belange wie der Umweltschutz, die öffentliche Infrastruktur und die sozialen Dienste vernachlässigt.

„Jedes Wirtschaften ist seiner Natur nach gesellschaftlich. Es darf nicht allein vom Gewinnstreben bestimmt sein, sondern muß auch seiner sozialen Verpflichtung gerecht werden“, heißt es im Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Diese soziale Verpflichtung der Wirtschaft kann nur garantiert werden, wenn zum einen der Staat sich nicht aus seiner Verantwortung für die gesellschaftliche Entwicklung zurückzieht, um sie dem Selbstlauf der Wirtschaft zu überlassen. Wenn es nötig ist, muß er vielmehr das allgemeine Interesse an der Verbesserung der Lebensqualität für alle gegen privates Gewinnstreben einzelner durchsetzen.

Ich möchte ein aktuelles, konkretes Beispiel anführen: Es ist mit dem Prinzip eines demokratischen Staates nicht vereinbar, daß politische Entscheidungen zugunsten von Arbeitgebern fallen, weil diese über wirtschaftliche Macht verfügen. Die Verschlechterung der Arbeitsschutzbestimmungen für Auszubildende scheint mir ein solcher kritikwürdiger Fall zu sein. Sie dient meines Erachtens nicht der Verbesserung der Ausbildungssituation, sondern nur der „Klimaverbesserung“, insbesondere im Bereich des Handwerks.

Um die soziale Verpflichtung der Wirtschaft zu garantieren, müssen zum anderen die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz, im Betrieb, im Unternehmen und auf gesamtwirtschaftlicher Ebene ausgebaut werden. Das Interesse der Arbeitgeber am größtmöglichen Gewinn bedarf der Kontrolle und nötigenfalls der Korrektur durch das gleichberechtigte Interesse der Arbeitnehmer an sicheren Arbeitsplätzen, menschenwürdigen Arbeits- und chancengleichen Lebensbedingungen.

Wenn das Wort nicht so belastet wäre, wenn es nicht so oft als ideologischer Deckmantel für eine Praxis gedient hätte, die auf das Gegenteil seiner wirklichen Bedeutung hinauslief, dann würde ich gerne davon sprechen, daß die internationale Wirtschaftspartnerschaft ergänzt werden muß durch eine nationale Sozialpartnerschaft. Partner planen, entscheiden, produzieren und teilen miteinander. Wäre eine Bereitschaft der Arbeitgeber zu erkennen, ihren Herr-im-Haus-Standpunkt aufzugeben, würden sie, dem Sinn einer Partnerschaft entsprechend, mit den Arbeitnehmern - statt hinter dem Rücken ihrer Beschäftigten - planen und entscheiden, z. B. bei der Einführung neuer Technologien, würden sie mit den Arbeitnehmern - statt auf dem Rücken ihrer Beschäftigten - produzieren und teilen, dann stünde einer Sozialpartnerschaft zur Sicherung des sozialen Friedens und zur Überwindung der Krise nichts im Wege. Ihre Bereitschaft oder aber ihre hartnäckige Weigerung, die Lasten der Arbeitslosigkeit mit den Arbeitnehmern zu teilen und der Einführung der 35-Stunden-Woche zuzustimmen, wird ein guter Maßstab für den Willen der Arbeitgeber zur Sozialpartnerschaft sein.

Den Menschen ist es bisher nicht gelungen, aus Schwertern Pflugscharen zu machen. Die Waffenberge wurden im Gegenteil so hoch aufgetürmt, daß die Erde mehrfach darunter begraben werden kann. Die Menschen haben es bisher auch nicht geschafft, mit dem Reichtum des Nordens wenigstens den Hunger des Südens zu stillen. Der Reichtum wird im Gegenteil dazu mißbraucht, die Dritte Welt noch tiefer in Verschuldung und Verelendung zu stoßen.

Die Menschen haben es bisher noch nicht einmal fertiggebracht, aus der vorhandenen Arbeit Arbeitsplätze für alle zu schaffen. Ungenutzte Produktionskapazitäten stehen im Gegenteil einer Millionenschar von Arbeitslosen gegenüber und die Massenarbeitslosigkeit wird zum Anlaß genommen, mühsam erkämpfte Rechte der Arbeitnehmer anzugreifen und einzuschränken.

Alle diese Entwicklungen, die einem Frieden ohne Waffen, ohne Hunger und ohne Arbeitslosigkeit entgegenstehen, sind eine Herausforderung an die Vernunft, an die Menschlichkeit und die Solidarität. Die Gewerkschaftsbewegung nimmt diese Herausforderung an.